Vergleich der Programme der Parteien für die Landtagswahl in Sachsen (2019)

Die Wahlprogramme der aktuell im Sächsischen Landtag vertretenen Parteien haben wir zu folgenden Punkten unter die Lupe genommen.

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
Allgemeines					
Erster Listenplatz	Mann	Mann	Mann	Frau	Mann
Geschlechterverhältnis auf den ersten 20 Plätzen der Wahllisten (Frauen : Männer)	9 : 11	8 : 12	11 : 9	10 : 10	auf Internet-seite nicht verfügbar
Organisation der Listen (Systematik zur Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit)	Platz 1 bis Platz 16 im Wechsel, anschl. ohne System	Platz 1 bis 8 im Wechsel, anschl. ohne System	Ohne System	Frau und Mann im Wechsel	auf Internet-seite nicht verfügbar
Wahlprogramm in geschlechtergerechter Sprache verfasst?	teilweise umgesetzt	ist umgesetzt	ist umgesetzt	ist umgesetzt	Keine Umsetzung
Fachthemen					
Geschlechtergerechte Sprache	„Wir wollen eine sprachliche Ausdrucksweise, die Frauen und Männern gleichberechtigt gerecht wird, lesbar, eindeutig und grammatikalisch korrekt ohne sprachliche Verrenkungen oder verbindliche Vorschriften“. (S. 47)	„Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es bei geschlechtergerechter Sprache und Politik nicht um ein Dogma. Es geht uns um das Sichtbarmachen aller, wenn wir „Studierende“ statt „Studenten“ sagen oder „Team“ statt „Mannschaft“. Wer unsichtbar bleibt, bleibt oft unbedacht. Das hat praktische Konsequenzen.“	Keine Aussage	„Für die Formulierungen von Gesetzen, Regelungen, Dokumenten und Formularen soll der Freistaat verpflichtende Regeln für eine geschlechtergerechte Sprache orientiert an der Bundesregelung erlassen.“ (S. 78)	Keine Aussage

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
		(S. 29)			
Parität in Gremien usw.	Keine Aussage	„Frauen müssen sichtbar sein – in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Nur so können wir zu einer wahren Gleichstellung der Geschlechter kommen. Deswegen werden wir in der nächsten Legislaturperiode die Schaffung eines Paritätsgesetzes auf Landesebene vorantreiben.“ (S. 29)	Auch auf kommunaler Ebene sind mehr Männer als Frauen* in Gremien oder Ämtern politisch aktiv. Wir kämpfen für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter: Wir werden uns für die geschlechterparitätische Besetzung in Behörden, Ämtern und den Parlamenten stark machen und als ersten Schritt eine entsprechende Anpassung des Landeswahlgesetzes durchsetzen.“ (S. 42)	„Durch verbindliche Zielstellungen und aktive Personalsuche wollen wir erreichen, dass Frauen auch in leitenden Positionen stärker vertreten sind. Wir wollen die Hälfte der Macht den Frauen geben. Die Gremien öffentlich-rechtlicher Institutionen und die Aufsichtsräte und Beiräte der in Besitz des Freistaats befindlichen Unternehmen sind paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen. Um wirkliche Parität im Sächsischen Landtag und den kommunalen Parlamenten zu erreichen, streben wir eine verfassungskonforme Änderung des Wahlrechtes zur Verwirklichung der Gleichberechtigung an.“ (S. 78) „Den Rundfunkrat als gesellschaftliches Kontrollgremium des MDR wollen wir staatsferner besetzen und regelmäßig	Keine Aussage

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
				erneuern. Er muss paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein.“ (S. 123)	
Gleiche Bezahlung (Gender Pay Gap)	„Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern schließen wir durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie durch den Abbau von geschlechtsspezifischen Hemmnissen auf dem Weg in Führungspositionen.“ (S. 47)	Eine „gerechte Bezahlung“ wurde an verschiedenen Stellen aufgeführt, z. B. Tarife, Mindestlohn, Pflegeberufe, Ausbildung.	„Die Lohnlücke zwischen Mann und Frau muss geschlossen werden.“ (S. 12) „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit und eine gerechte Entlohnung sind unser Ziel. Wir setzen uns für eine Lohnangleichung Ost-West ein und wollen insbesondere in frauenspezifischen Berufen, im Pflege-, Erziehungs- und Dienstleistungsbereich die Einkommenssituation der dort Beschäftigten verbessern.“ (S. 52)	„Frauen sind in Sachsen zwar überdurchschnittlich oft erwerbstätig, erhalten aber meist weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Insbesondere alleinerziehende Frauen erzielen oft kein existenzsicherndes Einkommen. Wir setzen uns für eine generelle Lohngleichheit unabhängig vom Geschlecht ein. Deshalb wollen wir Entgeltgleichheit als ein Vergabekriterium in das Sächsische Vergabegesetz aufnehmen. Die Existenzgründung von Frauen im ländlichen Raum wollen wir ins-besondere durch Netzwerke zur Unterstützung stärker fördern.“ (S. 78)	Keine Aussage
Modernes Gleichstellungsgesetz	„Wir wollen ein sächsisches Gleichstellungsgesetz mit Augenmaß. Es soll ein wirkmächtiges aber auch möglichst bürokratiearmes Instru-	„Das Sächsische Frauenförderungsgesetz muss dringend überarbeitet werden. Die gesetzlichen Vorgaben müssen an den Wandel der Arbeitswelt	Keine Aussage	„Wir wollen den uneingeschränkten Anspruch von Frauen auf gleiche Rechte und umfassende Teilhabe endlich einlösen. Das heißt, die vielfältigen Benachteiligungen	„Kern der Gender-Ideologie ist die Leugnung von biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
	ment moderner Gleichstellungspolitik werden, das Chancen und Wege eröffnet.“ (S. 47)	sowie an veränderte Berufsbiographien und Lebensentscheidungen aller Geschlechter und Familienformen angepasst werden. Damit der Gleichstellungsfortschritt in Sachsen wieder an Tempo gewinnt, ist ein Sächsisches Gleichstellungsgesetz unerlässlich. Mit der SPD in Regierungsverantwortung wird der Freistaat Sachsen zu einem Bundesland, das sich für die Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Dienst und darüber hinaus verantwortlich fühlt. Dies werden wir zur Bedingung für eine erneute Regierungsbeteiligung machen.“ (S. 184)		von Frauen endlich zu beseitigen und umfassende Chancengerechtigkeit durchzusetzen. Dazu wollen wir das Sächsische Frauenfördergesetz durch ein modernes Gleichstellungsgesetz ablösen.“ (S. 77) „Wir bauen die Möglichkeiten aus, die eine Arbeit im öffentlichen Dienst seinen Mitarbeiter*innen bietet. Dies bedeutet für uns die gezielte Frauenförderung in Spitzenpositionen und „Männerdomänen“ mit einem zeitgemäßen Gleichstellungsgesetz wie auch die Schaffung des Anspruchs auf flexible Arbeitszeiten. Jobsharing und Home Office sind für uns berechtigte Ansprüche der Mitarbeiter*innen an ein zeitgemäßes, attraktives Arbeitsumfeld in der Verwaltung.“ (S. 153)	Konstrukte seien. Unterschiede etwa bei der Auswahl und Ausübung von Berufen werden als Beweis einer vermeintlichen Diskriminierung betrachtet und deren Beseitigung gefordert. Die Gender-Ideologie entwertet die für den Bestand der Gesellschaft unverzichtbare Familie und verunsichert Kinder in ihrer sexuellen Identität. Behauptungen der Gender-Ideologie stehen im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie, der Entwicklungspsychologie und der Lebenserfahrung. Die AfD fordert, dass Sachsen keine Mittel mehr für die „Genderwissenschaft“ bereitstellt und keine „Gender-Professuren“ mehr besetzt werden. Alle Fördermittel für die „Genderwissenschaft“ sind zu streichen. Politisch korrekte Sprachvorgaben zur Durchsetzung der Gender-Ideologie lehnen wir ab. Gleichstellungsbeauftragte sind

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
					abzuschaffen. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden.“ (S. 36)
Umsetzung der Gleichstellung im öffentlichen Dienst	„Wir wollen die Zahl von Frauen in politischen Führungsgremien, Ämtern und Mandaten sowie in Führungspositionen der öffentlichen Verwaltung erhöhen. Dafür wollen wir passgenaue und wirksame Nachwuchs- und Führungskräfteförderprogramme auf den Weg bringen. Auch Kontaktprogramme während der Elternzeit sowie Jobsharing-Modelle sind dafür wichtige Schritte. In einem jährlichen Bericht über Chancengleichheit von Frauen und Männern in der öffentlichen Verwaltung sollen Defizite in der Gleichstellung transparent gemacht und zugleich Fortschritte und gute Beispiele aufgezeigt werden.“ (S. 47)	„Wir verstehen Gleichstellung als Querschnittsaufgabe, die auch in den finanzpolitischen Entscheidungen und bei der Haushaltsaufstellung und Haushaltsdurchführung verankert werden muss. Daher setzen wir uns dafür ein, dass mit dem Gender Budgeting die geeignete Implementierungsstrategie umgesetzt wird, die den sächsischen Haushalt künftig geschlechtergerecht gestalten wird.“ (S. 199) „Wo über die Angelegenheiten von Frauen und Männern entschieden wird, sollen Frauen und Männer gleichermaßen entscheiden. Dieser einfache Grundsatz leitet uns bei unserem Eintreten für eine bessere Frau-	„Die Bedeutung des Geschlechts als gesellschaftlich hierarchisierende Kategorie wollen wir zurückdrängen. Im Bereich öffentlicher Unternehmen und der Verwaltung werden wir anonymisierte Bewerbungsverfahren bei der Personalauswahl einführen und Maßnahmen ergreifen, um den Anteil von Frauen* in Führungspositionen zu erhöhen.“ (S. 12) „Um den Frauenanteil in Spitzenpositionen in sächsischen Behörden, Verwaltungen und bei anderen öffentlichen Arbeitgeber*innen endlich zu erhöhen, wollen wir eine verbindliche 50-Prozent-Quote einführen. Davon erwarten wir uns auch eine Neuausrichtung der Personalpolitik	„Angesichts der anstehenden Altersabgänge und des Wettbewerbs um die besten Köpfe mit anderen Bundesländern und der Wirtschaft brauchen wir einen attraktiven öffentlichen Dienst in Sachsen, der die Karrierechancen für Frauen mit klaren Regelungen erhöht. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss für alle Elternteile, unabhängig des Geschlechts, der aktuellen Lebenssituation oder der sexuellen Orientierung jederzeit ermöglicht werden. Wir setzen uns für eine vertiefte Beratung zu Elternzeit und Teilzeitrechten für (werdende) Väter ein. Im öffentlichen Dienst wollen wir flexible Arbeitszeit- und -Ortgestaltung inklusive Telearbeit ermöglichen und die Gleichstellungspläne für	Keine Aussage

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
		enquote in den Parlamenten und bei Führungspositionen.“ (S. 29/30) „Wir stellen uns dem Trend aktiv entgegen und streben die Gleichstellung der Geschlechter an unseren Hochschulen an. Insbesondere die Hochschulleitungen sind hälftig mit Frauen zu besetzen. Dafür gilt es, verbindliche Zielvereinbarungen über Gleichstellungskonzepte zu schließen, durch die nicht nur verbindliche Frauenquoten für Führungspositionen eingeführt, sondern auch Personalentwicklungsstrategien zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen bei Professuren und Führungspositionen etabliert werden.“ (S. 65)	im Hinblick auf die biographische Perspektive von Frauen* und die Ermöglichung von Teilzeit, Elternzeit oder Telearbeit.“ (S. 41)	öffentliche Einrichtungen verbindlich regeln. Die Gleichstellungsbeauftragten im öffentlichen Dienst sowie in den Kommunen und Landkreisen wollen wir stärken, indem wir ihnen mehr Rechte, mehr Zeit für ihre Arbeit und ein Budget für ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Um die geschlechtsspezifische Wirksamkeit finanzieller Entscheidungen nachzuvollziehen, soll Gender Budgeting verbindlich für alle öffentlichen Haushalte eingeführt werden.“ (S. 78) „Wir setzen uns für vielfältige Hochschulen ein, die unterschiedlichen Lebensentwürfen und Lebenssituationen aller Hochschulangehörigen Rechnung tragen und Diskriminierung keinen Platz geben. Die Chancengleichheit von Frauen und Männern wollen wir durch klare Zielsetzungen auf jeder Qualifikationsebene verbessern.“	

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
				(S. 112) „Wir setzen uns zudem für eine Bezahlung nach Dienstposten ein, damit Polizist*innen auch für die Arbeit bezahlt werden, die sie leisten, statt permanent die Sparbüchse des Finanzministeriums zu sein. Wir wollen mehr engagierte Frauen in der Polizeiführung sehen und durch gezielte Frauenförderung intransparente Männerbünde auch in der Polizei aufbrechen. Dazu setzen wir uns auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits während der Ausbildung und auch im Berufsleben ein.“ (S. 144)	
Vereinbarkeit von Familie und Beruf (im öffentlichen Dienst)	„Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Dies verlangt auch nach einem zeitgemäßen Arbeitsrecht, das sich an den Bedürfnissen von modernen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausrichtet (zum Beispiel Erleichterung der	„Zu guter Arbeit gehört auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir unterstützen Unternehmen, Betriebs- und Personalräte sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darin, flexible Arbeitsmodelle auszuprobieren. Unsere Un-	„Neben dem Abbau von stereotypen Geschlechterrollen brauchen wir eine verbindliche Quote von 50 Prozent für alle politischen Ämter und Mandate sowie eine emanzipatorische und solidarische Arbeitsmarkt und Familienpolitik, die	„Mit einem Aktionsplan Familienzeitwollen wir – auch auf Bundesebene – dafür sorgen, dass Arbeitgeber bei familiengerechten Arbeitszeitmodellen beraten werden, ein Recht auf Berufsausbildung und Studium in Teilzeit verankert wird,	„Die AfD möchte Unternehmen motivieren, Wiedereingliederungsmöglichkeiten mit flexiblen Arbeitszeiten nach Berufspausen wegen familiärer Betreuungsaufgaben zu schaffen. Dies kann politisch durch Bürokratieabbau, Steuererleichterung oder finanzielle

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
	Nutzung von Home-Office). Wir wollen, dass der Öffentliche Dienst hier mit gutem Beispiel vorangeht.“ (S. 8)	terstützung gehört außerdem der Idee, ein Recht auf Nichterreichbarkeit einführen. Beschäftigte sollen so vor der dauerhaften Inanspruchnahme durch den Arbeitgeber geschützt werden. Dies ist umso wichtiger, wenn zukünftig ein Anspruch auf mobiles Arbeiten und, wo möglich, ein Recht auf Homeoffice eingeführt werden soll.“ (S. 160)	bestehende Ungleichheitsverhältnisse im Visier hat und diese bekämpft. Dazu gehören Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf genauso wie eine gezielte Förderung von Frauen.“ (S. 42)	flexible Kindertagesbetreuung angeboten wird, und Familienerholungs- und Bildungsmaßnahmen gefördert werden. Darüber hinaus wollen wir Ein-Eltern-Familienstärken, deren Zahl wächst: indem getrennt lebende Eltern bei der gemeinsamen Erziehung unterstützt werden, Job-center ihre Maßnahmen an die Lebenssituation Alleinerziehender anpassen und die landespolitische Interessenvertretung für Alleinerziehende gestärkt wird. Zur Koordination wollen wir ein Kompetenzzentrum zu Hilfen für Alleinerziehende einrichten.“ (S. 76) „Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss für alle Elternteile, unabhängig des Geschlechts, der aktuellen Lebenssituation oder der sexuellen Orientierung jederzeit ermöglicht werden. Wir setzen uns für eine vertiefte Beratung zu Elternzeit und Teilzeitrechten	Förderung für die Arbeitgeber unterstützt werden. Arbeitsvermittler müssen stärker aktiv werden und die Zielgruppe der Familien stärker fokussieren. Der öffentliche Dienst muss mit Vorbild vorangehen und Eltern bei Entfristung und Einstellung gegenüber Kinderlosen stärker berücksichtigen.“ (S. 40)

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
				für (werdende) Väter ein. Im öffentlichen Dienst wollen wir flexible Arbeitszeit- und -Ortgestaltung inklusive Telearbeit ermöglichen und die Gleichstellungspläne für öffentliche Einrichtungen verbindlich regeln.“ (S. 77)	
Stärkung Ehrenamt	„Wir wollen eine weiterhin möglichst unkomplizierte Unterstützung unserer Ehrenamtlichen durch eine Aufwandsentschädigung. Wir wollen die so große Attraktivität des Ehrenamtes weiter stärken, sodass sich möglichst noch mehr Bürgerinnen und Bürger, gleich welchen Alters, engagieren. Wir gründen eine Stiftung Ehrenamt Sachsen. Sie wird der zentrale Ansprechpartner für Engagierte, die Fragen zur Förderung und Fortbildung, Vernetzung und Zusammenarbeit haben. Sie wird die Programme und Strategien Sachsens zur Stärkung des Ehrenamts betreuen. Für die Zeit zwischen der Schule	„Die wichtigste Motivation für ehrenamtliches Engagement ist Wertschätzung. Diese zu geben ist keine rein staatliche Aufgabe, sondern auch eine des gesellschaftlichen Anstandes. Wir alle, wir Bürgerinnen und Bürger profitieren von ehrenamtlichem Engagement – und es ist deshalb für uns alle eine Sache des Anstands, diesem Engagement Respekt zu zollen. Es ist eine Sache des Anstands, dass Rettungskräfte durch die Bildung einer Rettungsgasse unterstützt werden. Es ist eine Sache des Anstands, dass Elternräte in den Schulen ernst genommen werden. Und es	„Viele Sächs*innen engagieren sich freiwillig in ihrer Nachbarschaft, in Pflegeeinrichtungen, Vereinen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, im Kulturbereich, in Seniorenvertretungen und bei der Unterstützung geflüchteter Menschen. Dieses unverzichtbare Engagement ist wichtig für ein gutes Miteinander und gibt Anstöße für die Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens. Doch das Ehrenamt ist nicht dazu da, staatliches Handeln zu ersetzen. Umgekehrt ist es richtig: Hauptamtlichkeit ist das Rückgrat für ehrenamtliches Engagement. Und das wollen wir durch ein Bündel von Maßnahmen	„Wir stehen für eine Stärkung des Gemeinsinns und für eine Kultur des freiwilligen Engagements aller Generationen. Ehrenamtliches Engagement braucht Anlaufstellen und eine gute Anerkennungskultur. Den schönen Worten und Versprechungen der Staatsregierung (zum Beispiel zur Finanzierung von Weiterbildung von freiwillig Engagierten) müssen Taten zum effektiven Fördern des freiwilligen Engagements folgen.“ (S. 76)	„Bei allen ehrenamtlichen Projekten muss auf eine ideologiefreie Gestaltung geachtet werden. Wir lehnen eine Förderung extremistischer Vereine konsequent ab. Eine Demokratieerklärung muss verbindliches Element bei der Ausreichung von Fördergeldern werden. Die AfD will ehrenamtliches Engagement finanziell, räumlich und personell stärken und Konzepte zur Anerkennung und Wertschätzung (z.B. durch die Ehrenamtskarte) weiter ausbauen.“ (S. 41)

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
	und dem Beginn des Studiums oder der Ausbildung schaffen wir einen flexiblen Dienst, der zwischen einem Monat und drei Monaten dauern kann: Den Sachsen-Sommer. Jugendliche können sich einen Einsatzort bei einer gemeinnützigen oder sozialen Einrichtung suchen und für eine Arbeit zwischen ein und drei Monaten erhalten sie über die Stiftung Ehrenamt Sachsen eine monatliche Anerkennung von 200 Euro. Wir werden für dieses Angebot 5.000 Stipendien schaffen. Wir werden das erfolgreiche Landesprogramm „Wir für Sachsen“ für Ehrenamtliche einschließlich einer Aufwandsentschädigung auf 12 Monate ausdehnen und dort, wo es nötig wird, an aktuelle Anforderungen anpassen. Bürokratische Hindernisse im Zusammenhang mit der Ausübung des Ehrenamtes werden wir in enger Abstimmung mit den	ist eine Sache des Anstands, dass Menschen, die sich sozial oder politisch engagieren, nicht beschimpft oder bedroht werden. Das Wort „Gutmensch“ hat in unseren Ohren den Klang einer Auszeichnung, nicht einer Verspottung. Denn ein guter Mensch zu sein ist das, was wir alle unseren Mitmenschen schulden – so wie sie uns. Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, in der Respekt und Zusammenhalt wichtige Grundpfeiler des gemeinsamen Lebens sind.“ (S. 99) „Die Mittel für das Programm „Wir für Sachsen“ haben wir auf inzwischen 11 Millionen Euro jährlich aufgestockt. So stellen wir sicher, dass niemand für sein ehrenamtliches Engagement „draufle-gen“ muss. Wir geben eine Ehrenamtspauschale an alle Landkreise und kreisfreien Städte in Höhe von 2,6 Millionen Euro pro Jahr. Diese finanzielle Unterstützung	fördern. Dazu zählen Weiterbildungsangebote, professionelle Begleitung und Aufwandsentschädigungen, wie z. B. Fahrkarten. Wir werden flächendeckend Freiwilligenzentren dauerhaft finanzieren. Diese dienen dem Austausch, der Unterstützung und der Beratung Ehrenamtlicher. Zudem werden wir einen Vorschlag für eine landesweite Ehrenamtsrente erarbeiten. So wollen wir für je fünf Jahre ehrenamtlicher Arbeit einen Rentenpunkt für die Rentenberechnung anrechnen lassen. Zur Förderung ehrenamtlichen Engagements werden wir uns für die Einrichtung von Stadtteilfonds und ähnlicher unbürokratischer Fördermöglichkeiten einsetzen, bspw. für Dorfgemeinschaften.“ (S. 11/12)		

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
	Ehrenamtlichen herausfinden und abbauen. Um leitende Mitglieder gewinnen zu können, werden wir Vereine durch den Ausbau entsprechender Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen unterstützen. Wir verdoppeln die Anzahl der geförderten Plätze beim FSJ. Um den Trägern die Chance zu geben, das Taschengeld für diese wichtige Arbeit zu erhöhen, erweitern wir die Förderpauschale. Zudem wollen wir Assistenzkräfte für die Freiwilligendienste fördern. Wir wollen die Ehrenamtskarte bekannter machen und mit weiteren attraktiven Angeboten stärken (zum Beispiel ermäßigter Eintritt in staatliche Museen). Wir bekennen uns zur Würdigung des Ehrenamtes durch die bestehenden Preise und Ehrungen.“ (S. 58/59)	setzen wir nicht nur fort, sondern wir setzen uns für eine Erhöhung ein. Ein wichtiger Baustein der sächsischen Ehrenamtsförderung fehlt nach wie vor: Wir wollen das Bildungsfreistellungsgesetz auch deshalb, weil ehrenamtlich Tätige sich so für ihre Aufgaben weiterbilden können, ohne dafür Urlaub zu nehmen. Das ist eine wirkliche Wertschätzung des Ehrenamts durch die Politik wie durch die Arbeitgeber gleichermaßen.“ (S. 100)			
Das Dritte Geschlecht	Keine Aussage	Keine Aussage	„Menschen, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen	„Ob männlich oder weiblich, lesbisch, schwul, bi-, trans- oder intersexuell –	„Abweichende Lebensmodelle sollten nicht mehr Raum einnehmen,

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
			oder deren Geschlecht nicht mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt, werden marginalisiert, erfahren Diskriminierung und Gewalt. Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter und aller Lebens- und Liebesweisen. Unser Ziel ist ein selbstbestimmtes Leben frei von Gewalt für alle in Sachsen lebenden Menschen. Dazu gehört das Recht auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung, der Kampf gegen Gewalt an Frauen* und LGBTTIQA*, sowie Akzeptanz und Vielfalt. Die individuelle Berufswahl, Lebensplanung genauso wie Familienplanung oder Beziehungsform muss unabhängig vom zugeschriebenen Geschlecht oder von Geschlechtsidentität gestaltet werden können. Dazu wollen wir den bestehenden Landesaktionsplan zur Vielfalt von Lebens-	wir wollen, dass Menschen jeden Geschlechts und jeder sexuellen Orientierung in Sachsen diskriminierungsfrei leben können. Wir setzen uns für die verbindliche Umsetzung und die Fortschreibung des Aktionsplans Vielfalt zum Abbau von Diskriminierung in allen Bereichen durch die sächsische Verwaltung ein und wollen die dafür notwendigen Mittel bereitstellen. Anlaufstellen, die Beratung und Unterstützung für queere Jugendliche anbieten, wollen wir fördern und ausbauen. Das Bewusstsein für die Vielfalt von Geschlechtern und sexuellen Orientierungen beginnt früh. Geschlechtergerechtes Lernen an Kitas und Schulen muss selbstverständlich werden. Wir wollen die Lehrpläne an aktuelle Entwicklungen anpassen und flächendeckend Schulaufklärungsprojekte zu sexueller Vielfalt fördern. Infolge	als sie im Alltagsleben haben. Toleranz ist geboten, aber kein Kind soll zur Akzeptanz gedrängt werden. Die Hoheit über die Bewertung und Einordnung von Lebensmodellen und Formen der Sexualität ist mit Art. 22 der Sächsischen Verfassung bei den Eltern zu belassen, bis die Kinder eigenes Interesse an diesen Themen entwickeln. Die AfD lehnt jede Frühsexualisierung ab. Sexualerziehung an sächsischen Kindertagesstätten und Schulen muss natürliche Schamgrenzen respektieren und die Kinder altersgerecht aufklären, ohne sie zu überfordern. Wir werden auf allen Ebenen Bestrebungen energisch entgegentreten, die Begriffe Abstammung, Familie und Ehe umzudeuten, die für die im Grundgesetz definierten Grundrechte maßgeblich sind. Jedes Kind hat das Recht, seine bio-

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
			weisen unter echter Beteiligung der Zivilgesellschaft fortschreiben.“ (S. 12) „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht auch in der Verantwortung zur Widerspiegelung tatsächlicher gesellschaftlicher Verhältnisse. Im Programm des MDR wollen wir deshalb u. a. die Sichtbarkeit von Frauen und LGBTTIQA* erhöhen und die Darstellung stereotyper Rollenbilder mindern.“ (S. 37)	des weitreichenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts zugunsten von Menschen, die sich keinem Geschlecht eindeutig zuordnen möchten, müssen auch sächsische Vereine, Verbände, Unternehmen und weitere Institutionen ihre Formulare, Dokumente und Schriftstücke überarbeiten. Trans*- und intersexuelle Kinder und Jugendliche und ihre Eltern sind oft mit ihrer Situation überfordert. Wir wollen ein flächendeckendes Beratungsangebot und Fortbildungsangebote für Ärzt*innen.“ (S. 79)	logischen Eltern zu kennen und behütet aufzuwachsen.“ (S. 26) „Die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ stellt einen unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder dar. Dadurch werden diese in Bezug auf ihre sexuelle Identität verunsichert. Die AfD lehnt alle Versuche ab, das traditionelle Familienbild zu beseitigen. Das ideologische Experiment der Frühsexualisierung ist zu beenden.“ (S. 33)
Geschlechtsbezogene Gewalt	„Wir wollen den bedarfsgerechten Ausbau und die Absicherung von Beratungs- und Hilfsangeboten für Frauen und Männer mit Gewalterfahrungen.“ (S. 47)	„Wir müssen staatliche Schutzeinrichtungen auf- und ausbauen, um Frauen und Mädchen vor nicht selten lang andauernden und sich wiederholenden Gewalterfahrungen zu bewahren. Die Lücken im Hilfenetz müssen dringend geschlossen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in jedem	„Opfer von Gewalt müssen besser geschützt werden. Wir wollen flächendeckend Frauen*schutzeinrichtungen in Sachsen sowie eine bessere Versorgungsstruktur für Opfer von sexualisierter Gewalt wie etwa Möglichkeiten der vertraulichen Spurensicherung sowie	„Um geschlechtsbezogener Gewalt entgegenzutreten, wollen wir eine Landes-koordination für Gewaltschutz sowie ein Kompetenzzentrum Medizin und Gewaltschutz schaffen. Das Netz der bereits existierenden Frauenhäuser und Männerschutzwohnungen muss flächendeckend be-	Keine Aussage

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
		Landkreis und jeder kreisfreien Stadt eine Schutzeinrichtung für Frauen und Kinder eingerichtet wird. Die vorhandenen Einrichtungen müssen konsequent barrierefrei ausgebaut und finanziell besser ausgestattet werden. Auch der Personalschlüssel ist deutlich abzusenken (von 8:1 auf 4:1). Zudem braucht es flächendeckende Beratungsstrukturen in Form der Interventions- und Koordinierungsstellen. In jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt ist eine Interventions- und Koordinierungsstelle mit zwei Vollzeitstellen vorzuhalten, die neben der Beratungs- und Netzwerkarbeit auch die Schulungen der Polizei zum Thema „Häusliche Gewalt“ leistet. Den Aufbau von Männerschutzeinrichtungen, von Gleichstellungsministerin Petra Köpping initiiert, begrüßen wir. Nach der Evaluation dieser Modellprojekte werden wir uns	Traumaambulanzen im ganzen Land etablieren.“ (S. 12)	darfsgerecht und barrierearm ausgebaut und ausreichend finanziert werden. Durch Weiterbildung von Justiz und Polizei zu sexualisierter Gewalt soll die Aufklärungsquote erhöht werden. Für die Opfer sexualisierter Gewalt fordern wir flächendeckend Beratungseinrichtungen nach dem Vorbild der Interventionsstellen. Zudem wollen wir in den Staatsanwaltschaften zwei Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen etablieren, an die sich Opfer homophober Hasskriminalität wenden können, um Strafanzeigen zu stellen. Um Erkenntnisse über das Ausmaß geschlechtsbezogener Gewalt zu erlangen, wollen wir eine Dunkelfeldstudie in Auftrag geben.“ (S. 79, 80)	

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
		dafür stark machen, dass das Angebot flächendeckend ausgebaut und finanziell analog zu den Frauenschutzeinrichtungen ausgestattet wird. Auch die Beratungsangebote für Opfer sexualisierter Gewalt müssen dringend ausgebaut werden. Die anonymisierte Spurensicherung wird überall eingeführt und das medizinische Personal für diese Fälle entsprechend geschult.“ (S. 82) „Physische und psychische Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, aufgrund ihrer politischen Orientierung, ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität gehören zum Bereich der politisch motivierten Kriminalität. Bei der Erfassung solcher Straftaten, bei der wirksamen Bekämpfung und Aufklärung sowie beim Opferschutz muss sich im Frei-			

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
		staat Sachsen noch manches verbessern. Wir werden die Opferberatung in Sachsen stärken und durch die Einrichtung fester Ansprechpersonen bei der Polizei Sachsen eine bessere Kooperation ermöglichen. Im Rahmen der polizeilichen Aus- und Fortbildung soll der Umgang mit Hassgewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit größere Beachtung finden.“ (S. 185)			
Sexistische Stereotype	„Wir wollen eine frühe Beratung und Förderung von Schülerinnen in mathematischen, naturwissenschaftlichen, technischen oder Informatik-Berufen (MINT-Berufen) sowie von Schülern in sozialen Fürsorge-Berufen wie Altenpflege, Behindertenhilfe, Kindertagesbetreuung und Jugendhilfe“ (S. 47)	Keine Aussage	„Werbung im öffentlichen Raum begleitet uns auf Schritt und Tritt. Genauso wie Fernsehen oder das Internet tragen die dadurch präsentierten Bilder von „typischen“ Frauen und Männern zur Bildung stereotyper Rollenbilder bei. So schreiben sie Sexismus und Geschlechterungerechtigkeit fort. Deshalb werden wir ein Verbot sexistischer und diskriminierender Werbung im öffentlichen Raum durchsetzen.“	„Um körpernormierende, diskriminierende und stereotypenverstärkende sexistische Werbung in Sachsen zu verhindern, sollen gesetzliche Regelungen entsprechend der Regeln des Deutschen Werberates für die kommerzielle Kommunikation getroffen werden. Schulische Lehrmaterialien wollen wir auf sexistische Klischees hin überprüfen und überarbeiten.“ (S. 78)	Siehe Punkt „Das dritte Geschlecht“

Thema	CDU	SPD	Die LINKE	Grünen	AFD
			(S. 13) „Wir wollen Möglichkeiten suchen, bisher unbezahlte Pflege- und Hausarbeit angemessen gesellschaftlich zu entlohnen. Wir werden gleichzeitig geschlechternormierte Berufsbilder aufweichen und Berufe, egal ob „klassisch weiblich“ oder „klassisch männlich“ wahrgenommen, für alle Menschen öffnen. Dafür werden wir den Girls‘ Day ebenso wie den Boys‘ Day stärken.“ (S. 52)		